

**Hauptausschuß**

**Protokoll**

29. Sitzung (nicht öffentlich)

12. März 1992

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.30 Uhr bis 14.25 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Grätz (SPD)

Stenograph: Schrader

**Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

Seite

**1 Aktuelle Viertelstunde**

1

Der Ausschuß behandelt eine Frage der CDU-Fraktion, betreffend Information des Hotel- und Gaststättengewerbes in Nordrhein-Westfalen zum Rundfunkgebühren-Staatsvertrag 1991

## **2 Unvereinbarkeit von Ministerinnen- und Ministerämtern und wirtschaftlichen Führungsfunktionen (wirtschaftliche Inkompatibilität)**

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN

Drucksache 11/1454 (Neudruck)

In Verbindung damit:

**Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen**

Gesetzentwurf der Fraktion der F.D.P.

Drucksache 11/1482

Und:

**Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder der Landesregierung Nordrhein-Westfalen - Landesministergesetz -**

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU

Drucksache 11/1561

Zuschrift 11/604

7

Die CDU-Fraktion beantragt zunächst, den Tagesordnungspunkt heute nicht zu behandeln, weil weder der Ministerpräsident noch sein Stellvertreter noch der Minister für besondere Aufgaben anwesend sein können. Dieser Antrag wird mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen von CDU, F.D.P. und GRÜNEN abgelehnt.

Der Ausschuß lehnt mit den Stimmen von SPD, CDU und GRÜNEN gegen die Stimme der F.D.P. deren Gesetzentwurf Drucksache 11/1482 (Verfassungsänderung) zur zweiten Lesung ab.

Mit den Stimmen von SPD und F.D.P. gegen die Stimmen von CDU und GRÜNEN lehnt er den Gesetzentwurf der CDU Drucksache 11/1561 ab.

Er votiert mit den Stimmen von SPD, CDU und F.D.P. gegen die Stimme der GRÜNEN gegen die Punkte 1 bis 4 des Antrags der GRÜNEN Drucksache 11/1454 (Neudruck). Mit dem gleichen Stimmenverhältnis spricht er sich auch gegen Punkt 5 desselben Antrags aus.

Zum Berichterstatter wird Abgeordneter Dr. Rohde (F.D.P.) benannt.

**3 Abkommen zur Änderung des Abkommens über die einheitliche Ausbildung der Anwärter für den höheren Polizeivollzugsdienst und über die Polizeiführungsakademie**

16

Antrag  
der Landesregierung  
auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag gemäß Art. 66 der  
Landesverfassung  
Drucksache 11/2763

Ohne Aussprache stimmt der Ausschuß einstimmig zu.

**4 Nutzung von Datenbanken der Landesregierung durch den Landtag**

Vorlagen 11/746, 11/1041 (Neudruck)

16

Der Ausschuß beauftragt die Landtagsverwaltung, gemäß dem Punkt II der Vorlage 11/1041 (Neudruck) vorzugehen. Vor der Abgabe des darin erwähnten Berichtes soll der Entwurf mit jeweils einem Vertreter der Fraktionen diskutiert

werden. Des weiteren wird die Landesregierung gebeten, vor der Beratung des Berichts im Hauptausschuß dem Ältestenrat eine Liste aller Dateien und der Kriterien, nach denen sie zur Verfügung gestellt bzw. nicht zur Verfügung gestellt werden, zugehen zu lassen.

**5 Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Ausführung des Gesetzes zu Artikel 10 Grundgesetz**

Gesetzentwurf  
der Fraktion der F.D.P. und  
der Fraktion DIE GRÜNEN  
Drucksache 11/1993  
Vorlage 11/1102

28

Der Ausschuß lehnt den Gesetzentwurf mit den Stimmen von SPD und CDU gegen die Stimmen von F.D.P. und GRÜNEN ab und benennt Abgeordneten Büssow (SPD) zum Berichterstatter.

**6 Ergebnisse der Regierungskonferenz in Maastricht über die Politische und Wirtschafts- und Währungsunion am 9./10. Dezember 1991 in Maastricht**

28

Der Ausschuß kommt überein, die ihn tangierenden Fragen der föderalen Struktur der Bundesrepublik in der Verfassungskommission zu thematisieren, und beschränkt sich auf die Diskussion der von Abgeordneten Giltjes (CDU) angeschnittenen Frage, ob die Landesregierung im Bundesrat den Maastrichter Beschlüssen zustimmen werde oder nicht.

**7 Gesetz zur Umsetzung der Richtlinien des Rats vom 27. Juni 1985 über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten (85/337 EWG) im Lande Nordrhein-Westfalen**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 11/1481  
Vorlagen 11/614, 11/997  
Zuschrift 11/977

36

Die Änderungsanträge der GRÜNEN (siehe Beschlußempfehlung des Hauptausschusses Drucksache 11/3372, Seite 15 ff.) lehnt der Ausschuß mit den Stimmen von SPD, CDU und F.D.P. gegen die Stimme der GRÜNEN ab.

Den Änderungsantrag der SPD zu Artikel 2 Nr. 3 (Drucksache 11/3372, Seite 14) nimmt der Ausschuß mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN bei Stimmenthaltung von CDU und F.D.P. an.

Den Änderungsantrag der SPD zu Artikel 5 Nr. 2 (Drucksache 11/3372, Seite 14) nimmt der Ausschuß mit den Stimmen von SPD und CDU bei Stimmenthaltung von F.D.P. und GRÜNEN an.

Den Änderungsantrag der SPD zu Artikel 7 (Drucksache 11/3372, Seite 15) nimmt der Ausschuß einstimmig an.

In der Schlußabstimmung nimmt der Ausschuß den Gesetzentwurf in der Fassung der von ihm gefaßten Beschlüsse mit den Stimmen von SPD, CDU und F.D.P. bei Stimmenthaltung der GRÜNEN an und benennt Abgeordneten Hege-  
mann (CDU) zum Berichterstatter.

**8 Einsetzung einer Kommission "Rüstungsexportausstieg"**

Antrag  
der Fraktion DIE GRÜNEN  
Drucksache 11/1211

In Verbindung damit:

**Verschärfung und Kontrolle des Verbots der Ausfuhr von Kriegswaffen und Rüstungsgütern**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 11/1214

Und:

**Änderungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN**

Drucksache 11/1371

Und:

**Verschärfung und Kontrolle des Verbots der Ausfuhr von Kriegswaffen und Rüstungsgütern**

Antrag  
der Fraktion der F.D.P.  
Drucksache 11/1293

Sowie:

**Konzeption zur Kontrolle illegaler Waffenexporte**

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 11/1294

- Vorlage 11/999 -

37

Der Ausschuß lehnt den Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN Drucksache 11/1211 mit den Stimmen von SPD, CDU und F.D.P. gegen die Stimme der GRÜNEN ab und erklärt einstimmig die Anträge der Fraktionen von SPD, F.D.P. und CDU Drucksachen 11/1214, 11/1293 und 11/1294 für erledigt.

**9 Bericht über die Informationsreise einer Kommission des Hauptausschusses des Landtags Nordrhein-Westfalen in die CSFR und die Republik Polen vom 6. bis 12. Oktober 1991**

Drucksache 11/1070

40

Aus Zeitgründen vertagt der Ausschuß die Beratung dieses Punktes.

-----





müsse, ob ihr die innerstaatliche Situation wichtiger sei als die Verträge von Maastricht.

**Abgeordneter Dr. Linszen (CDU)** hebt darauf ab, die politisch interessante Frage sei heute, ob das Land Nordrhein-Westfalen zustimme oder nicht. Noch vorgestern habe Minister Clement erklärt, die Verträge seien nicht zustimmungsfähig. Vor der SPD-Fraktion habe sich der Ministerpräsident anders geäußert, als er gesagt habe, Nordrhein-Westfalen stimme zu, auch wenn der Landesregierung die Verträge nachbesserungsbedürftig erschienen. Heute sage Abgeordneter Büssow, es müsse weiterhin damit gedroht werden, daß es, sollten innerstaatliche Regelungen nicht zustande kommen, keine Zustimmung der Länder gebe. Inzwischen habe Minister Clement längst die Volte geschlagen und laut "Süddeutscher Zeitung" deutlich gemacht, die Bundesregierung habe sich durch Zusagen schon weitgehend gebunden.

Abschließend sei also festzustellen, daß der Sprecher der SPD-Fraktion eine andere Meinung artikuliere als diejenigen, die für die Landesregierung sprächen.

**7 Gesetz zur Umsetzung der Richtlinien des Rats vom 27. Juni 1985 über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten (85/337 EWG) im Lande Nordrhein-Westfalen**

Gesetzentwurf

der Landesregierung

Drucksache 11/1481

Vorlagen 11/614, 11/997

Zuschrift 11/977

**Abgeordneter Dr. Linszen (CDU)** bittet um Erläuterung, ob der auf Antrag der SPD-Fraktion in § 3 Abs. 6 des Abtragungsgesetzes - Artikel 7 - anzufügende Satz, der laute:

Bei einem Antrag auf Genehmigung einer Abtragung, die mit anderen Abtragungen in einem engen räumlichen Zusammenhang steht, bemißt sich die Notwendigkeit einer Umweltverträglichkeitsprüfung nach der Summe aller zusammenhängenden Abtragungsf lächen.

als Verschärfung gemeint sei.

**Abgeordneter Büssow (SPD)** bejaht dies.

**Ergebnis siehe Beschlußteil zu diesem Protokoll.**

**8 Einsetzung einer Kommission "Rüstungsexportausstieg"**

Antrag  
der Fraktion DIE GRÜNEN  
Drucksache 11/1211

In Verbindung damit:

**Verschärfung und Kontrolle des Verbots der Ausfuhr von Kriegswaffen und Rüstungsgütern**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 11/1214

Und:

**Änderungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN**

Drucksache 11/1371

Und: